

Vorwort

»Was ist links? Impulse für ein besseres Morgen«

Die 18. Sommeruniversität stand unter dem Motto »Was ist links? Impulse für ein besseres Morgen«. Rund 100 junge, gesellschaftspolitisch engagierte Menschen gingen dieser Frage miteinander und im Gespräch mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft nach.

Seit 2001 bietet die Sommeruniversität die Möglichkeit große Linien und aktuelle Grundfragen der Sozialen Demokratie abseits der Tagespolitik zu erörtern.

2018 ist Deutschland ein reiches Land mit Wohlstand und Chancen für viele – aber nicht für alle. Unsere Gesellschaft wird zunehmend ungleicher im Einkommen, im Vermögen und in den Chancen. Unserer Wirtschaft schadet diese Ungleichheit ebenso wie unserer Demokratie. Für eine Kursumkehr braucht es Kraft, und politische Kraft wird von starken politischen Ideen, von einer Vision für die Zukunft erzeugt.

Politische Visionen sind wie ein Kompass. Sie erlauben es, zu überprüfen, ob konkrete Politik in die richtige Richtung zielt. Dabei geht es nicht darum, dass sich die Gesellschaft irgendwie weiterentwickelt, sondern dass sie für alle besser wird. Darüber hinaus sind politische Visionen auch eine strategische Ressource. Nur wer weiß, wo er hin will, wird auch andere von seinem Weg überzeugen und politische Mehrheiten mobilisieren können.

Wie positionieren sich Parteien und Bewegungen in Europa, die für Soziale Demokratie kämpfen und welche Anknüpfungspunkte gibt es dabei für die deutsche Debatte? Wie muss die Vision der Sozialen Demokratie in Deutschland und Europa im Jahr 2018 und darüber hinaus lauten? Brauchen wir

einen linken Heimatbegriff? Wie muss das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie definiert werden? Muss der Kapitalismus gebogen oder gebrochen werden? Wie müssen wir Arbeit, Globalisierung und Digitalisierung im Sinne unserer Grundwerte gestalten? Oder einfacher: Was ist heute links?

Diese Fragen standen bei der Sommeruniversität 2018 im Fokus und wurden mit verschiedenen Gästen wie dem Bundesfinanzminister Olaf Scholz, der Journalistin Ulrike Herrmann, dem Vorsitzenden der Jusos Kevin Kühnert oder der Autorin Manja Präkels sowie zahlreichen weiteren Mitwirkenden in Workshops, Podiumsrunden und Vorträgen erörtert. Ihren Beitrag zur Debatte über Visionen und Ziele linker Politik haben die Teilnehmenden zudem in einem Impulspapier zusammengefasst.

Schon vor mehr als 30 Jahren war die Rede von der »neuen Unübersichtlichkeit« der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Dabei schien damals alles vergleichsweise wohlgeordnet zuzugehen. In heute zunehmend komplexeren Debatten gilt das klassische Links-Rechts-Schema als veraltet. Es reicht nicht mehr aus, um aktuelle politische Entwicklungen einzuordnen. Das wurde auch während der Sommeruniversität an vielen Stellen kontrovers diskutiert. Einigkeit bestand meist darin, dass »links« vor allem etwas mit Haltung zu tun hat. Nämlich mit der Überzeugung, dass Gerechtigkeit und gleiche Freiheit für jeden der Maßstab allen politischen Handelns sein müssen. Dieser Grundgedanke und der Glaube daran, bestehende Verhältnisse verbessern zu können – und auch zu müssen – , ist vielleicht der Wesenskern von dem, was »Linkssein« auch heute noch ausmacht.

18. Sommeruniversität der FES







– **3** – Vorwort

»Was ist links? Impulse für ein besseres Morgen«

-6-

Kevin Kühnert, Vorsitzender der Jusos »Ich will nicht der Vorturner sein«

– 8 – Durch die Blume

- 12 -

Wenn es so weitergeht, wird der Kapitalismus zusammenbrechen«









14 –
 Im O-Ton
 Olaf Scholz, Inken Wiese,
 Lars Klingbeil, Elisa Gutsche

– 16 –

Kurt Beck, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung »Wir dürfen uns nicht irre machen lassen«

– 18 –
 Politische Ideen, Schmöckwitzer Impulse

– 20 –Statements der Teilnehmenden

»Ich will nicht der Vorturner sein«

Kevin Kühnert ist seit November Bundesvorsitzender der Jusos. In der Debatte um die Große Koalition wurde er zum bundesweit beliebten Talkshowgast. Auf der Sommeruniversität sprach er über die Position der Jungsozialist_innen in der Migrationsdebatte.

Gibt es eine linke politische Vision für Migration, unabhängig von Reaktionen auf rechte Forderungen?

Kühnert: Eine zielführende Debatte von links beginnt mit der Frage, warum es Migration gib. Bei Fluchtbewegungen sind es äußere Umstände, die dazu führen, dass Leute gezwungen sind, sich auf den Weg zu machen. Wer nicht bereit ist, über Ungerechtigkeit zwischen dem Norden und dem Süden zu sprechen, wird nur an der Symptombekämpfung stehen bleiben. Wir feiern Jahr für Jahr, dass wir Exportweltmeister oder Vizeweltmeister sind, halten das für einen Fußballtitel und verstehen die grundlegendsten ökonomischen Muster dahinter nicht. Unsere Exportüberschüsse sind zwangsweise die Handelsdefizite von anderen, die von günstigen Produkten aus Deutschland überschwemmt werden und die daher kaum noch produzierendes Gewerbe haben. Wer nicht bereit ist, dort etwas abzugeben, wird dieses Problem nie in den Griff bekommen.

Die Jusos haben vor zwei Wochen elf unverhandelbare Punkte für eine menschliche Asylpolitik herausgegeben. Wie reagierst Du innerhalb der SPD,

wenn diese Mindestforderungen nicht erfüllt werden?

Kühnert: Auf jeden Fall würde ich es nicht dabei belassen, einmal wütend aufzustampfen. Da geht es ans Eingemachte. Wenn Leuten Geldleistungen weggenommen werden, ist das nicht nur integrationspolitisch völliger Murks, sondern es ist die Entrechtung von Menschen. Das bin ich nicht bereit mitzutragen. Wir müssen dann beraten, ob wir ein Mitgliederbegehren zur Beendigung der Großen Koalition starten oder eine Großdemonstration machen. Da sind für mich Schmerzgrenzen wirklich erreicht, bei denen ich nicht bereit bin, meinen Mund zu halten, auch nicht für irgendeinen Kompromiss.

Wie ist die politische Linke überhaupt zu Migration eingestellt – auch über Fluchtbewegungen hinaus?

Kühnert: Für mich und sicherlich für viele, die sich als links definieren, ist Migration etwas, was wir wollen, weil wir heterogene Gesellschaften produktiver finden als homogene. Der berühmte demographische Wandel in Deutschland führt dazu, dass wir jedes Jahr etwa 500.000 Leute im erwerbs-fähigen Alter verlieren. Das gleichen wir seit Jahren nicht aus. Im

Interview



Moment wird beim Thema Migration nur über die zwei Enden Asyl und Zuwanderung von Hochqualifizierten gesprochen. Der Großteil der Menschen verbirgt sich in der Sphäre dazwischen: Sie haben nach unserem Recht keinen Anspruch auf Asyl, aber sie sind auch keine Hochqualifizierten mit Universitätsabschluss, die hier Führungspositionen übernehmen. Für die haben wir keine Regelung. Das ist die Aufgabe für ein Einwanderungsgesetz, was im Herbst von der Bundesregierung verhandelt werden soll.

Die Debatte wird von einer Rhetorik von Steuern und Ordnen bestimmt, mittlerweile auch in der SPD. Akzeptiert die junge politische Linke jetzt, dass das die zentralen Begriffe der Migrationsdebatte sind?

Kühnert: Gegen Ordnen im Wortsinn ist nichts einzuwenden. Wenn man nicht offensiv anstrebt, dass es einen ungeregelten Zustand gibt, sollte man sich darum bemühen, dass die Ordnung, die da ist, eingehalten wird. Das muss nicht bedeuten, Grenzen hochzuziehen, sondern es geht darum, dass Verfahren schnell abgearbeitet werden. Es ist für die Betroffenen im Moment kein Zustand, dass sie zum Teil eineinhalb Jahre auf ihren Bescheid warten müssen und in der Zeit keine Arbeit aufnehmen können. Das Problem ist, dass diese Begriffe von konservativer Seite besetzt werden, und dabei etwas anderes meinen: stärkere Restriktionen, das Hochziehen von Grenzen und Racial Profiling. Aber Regelwerke einzuhalten, finde ich erst mal nicht unsozialdemokratisch.

Du hast Dich vorhin selbst Juso-Chef genannt und wirst auch medial oft so bezeichnet. Siehst Du Dich als Chef?

Kühnert: Ich bin innerlich selbst zusammengezuckt, als ich es gesagt habe. Ich versuche schon mit Leben zu füllen, dass wir Verantwortung sehr kollektiv tragen bei den Jusos. Am Ende trage ich eine besondere Verantwortung. Das ist mir klar, da kann ich mich nicht rausreden. Aber wir haben Entscheidungsfindungsprozesse im Vorstand und darüber hinaus, bei denen ich penibel darauf achte, dass wir viel miteinander reden, viel Feedback einholen. Ich will nicht der Vorturner sein. Es ist schön, wenn Leute einem glauben, dass man das richtig macht, aber auch ich bin fehlbar.



Tatyana Sakadeyeva (26) Studiert Sozialwissenschaften M.A. Berlin

Was ist links?

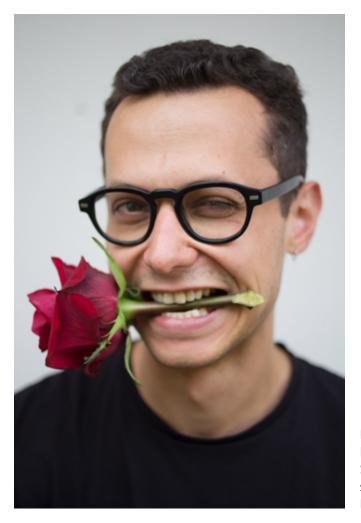
Links ist ein Miteinander statt Gegeneinander, links ist Frieden durch Dialog und nicht durch Bombenangriffe und links ist Grenzen verschieben statt Menschen abschieben.

Was muss sich dafür ändern?

Nach meinem Abschluss möchte ich unbedingt zurück nach Kasachstan, denn dort braucht es noch viel Veränderung. Ich habe dort für die Friedrich-Ebert-Stiftung gearbeitet und es war großartig, zu beobachten, wie sich die kasachische Gesellschaft erfolgreich den Grundwerten der Sozialdemokratie nähert.

Wofür engagierst du dich?

Ich engagiere mich für zahlreiche Dinge. Ich interessiere mich sehr für Frauenrechte, vor allem im Islam und arbeite ehrenamtlich bei der Organisation Frauenrechte unter dem Schleier. Ich möchte eine Parallele zur kasachischen Gesellschaft ziehen, denn die kasachischen Frauen sind ziemlich emanzipiert und modern, aber andererseits beeinflusst die Religion die Verhältnisse zwischen Frauen und Männern. Ich finde es spannend, wie man das kombinieren kann.



Maksim Malinovskii (27) Studiert Politikwissenschaften B.A. Berlin

Was ist links?

Links ist der Einsatz für einen Sozialstaat, der für Selbstbestimmung und Emanzipation sorgt und damit weit über die Grundsicherung hinausgeht. Für mich ist links außerdem auf jeden Fall internationalistisch, demokratisch und antiautoritär.

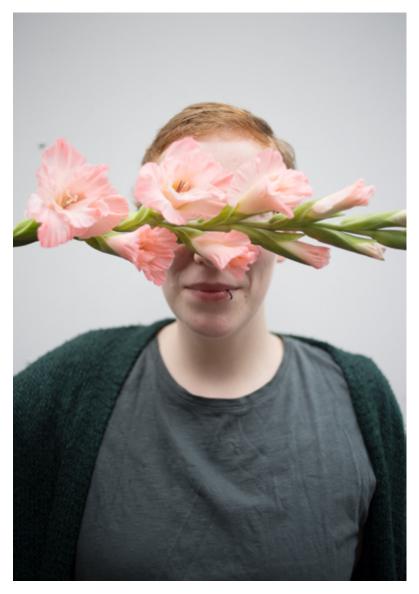
Was muss sich dafür ändern?

Uns fehlt Mut. Klare Haltung zu beziehen, zu sagen, wir denken so und so, wir werden von der klaren Haltung einfach nicht weichen.

Wofür engagierst du dich?

Ich bin SPD-Mitglied, schon seit einigen Jahren. Als ich noch in Moskau studiert habe – ich bin vor vier Jahren nach Deutschland gekommen habe ich für einen Bildungspolitiker der SPD aus Baden-Württemberg als Übersetzer gearbeitet, der sich für die deutsch-russische Zusammenarbeit eingesetzt hat. Nach meinem Studium wurde ich Übersetzer für den damaligen Kultusminister Andreas Storch und bin dadurch zur SPD gekommen. Dort engagiere ich mich in der AG Queer und der AG Migration und Vielfalt. Außerdem starte ich jetzt ein Mentoring-Programm für junge Migranten, das ihre politische Partizipation und die Effektivität ihrer parteipolitischen Arbeit verbessern soll.

Durch die Blume



Diana Höhne (26) Studiert Geschlechterforschung M.A. Göttingen

Was ist links?

Für mich ist links: feministisch, intersektional und solidarisch. Da fällt alles drunter, was mir am Linkssein wichtig ist.

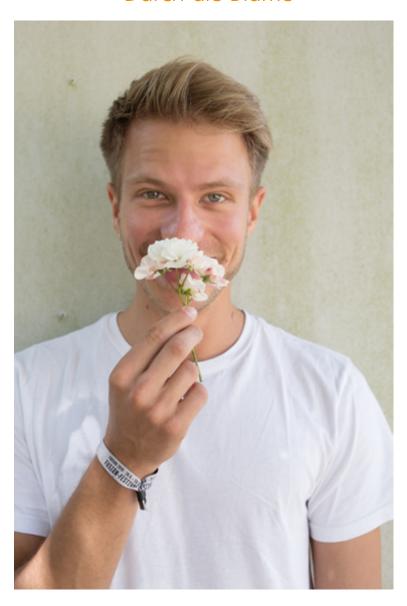
Was muss sich dafür ändern?

Wir müssen mehr miteinander reden. Alle miteinander, aber auch die Leute, die sich als links verstehen. Wir müssen darauf schauen, was uns verbindet, Bündnisse und Allianzen schaffen und dann gemeinsam für unsere Ideale kämpfen.

Wofür engagierst du dich?

Ich engagiere mich vor allem in der Antidiskriminierungsarbeit. Das ist mir auch in der Friedrich-Ebert-Stiftung wichtig, in der es jetzt eine stipendiatische Antidiskriminierungsstelle gibt. Ich finde es wichtig, dass das in allen Institutionen gemacht wird. Es gibt überall Diskriminierung, egal, für wie links man sich hält und es ist wichtig, das auch sichtbar zu machen.

Durch die Blume



Dominik
Dicken (27)
Studiert Politikwissenschaften M.A.
Berlin

Was ist links?

Links sein bedeutet, den Menschen, egal, was es für ein Mensch ist, in den Mittelpunkt zu stellen. Und linke Politik ist dementsprechend eine Politik, die sich am Menschen orientiert.

Was muss sich dafür ändern?

Zunächst muss man sich darauf besinnen, dass – wenn man zum Beispiel über Geflüchtete redet und über Zahlen und Kontingente und Obergrenze – es Menschen sind, die davon betroffen sind. Man muss auch mehr zuhören und Leuten ermöglichen, selber für sich zu sprechen.

Wofür engagierst du dich?

Ich war vor kurzem auf einer Demo und habe mich für die Seebrücke eingesetzt. Ich habe dafür demonstriert, dass die Häfen nicht zugemacht werden und man Menschen eine sichere Überfahrt nach Europa ermöglicht oder zumindest verhindert, dass sie im Mittelmeer ertrinken.

Interview

»Wenn es so weitergeht, wird der Kapitalismus zusammenbrechen«

Die Autorin und Journalistin **Ulrike Herrmann** schreibt in ihrem aktuellen Buch, dass die Aussage »Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung« inzwischen zum Mainstream geworden ist.

Mangelt es an Alternativen zum Kapitalismus oder fehlt Willenskraft, etwas zu ändern?

Herrmann: Die Neoklassik tut so, als würden wir in einer Art fiktivem Mittelalter leben, wo es nur um Tauschgeschäfte geht. >Wie tausche ich Schuhe gegen Birnen?< oder Allokation knapper Ressourcen auf Ökonomendeutsch. Dabei kann die Industriegesellschaft im Kapitalismus nicht abgebildet werden. Alle Begriffe, die man braucht, um unser System zu verstehen, spielen in dieser Theorie keine zentrale Rolle. Das fängt mit dem Geld an, aber auch Gewinne, Investitionen, Finanzspekulationen, Banken, Technik, Großkonzerne – nichts davon kommt vor. Wenn man die falsche Theorie hat, kann man zentrale Fragen wie Wie kann man den Kapitalismus eigentlich umbauen? nicht stellen und nicht beantworten.

Wie würden Sie die Herausforderungen dieses Wirtschaftssystems beschreiben?

Es muss drei wichtige Fragen für die Volkswirtschaftslehre geben: zunächst das Thema Ungleichheit. Sei es in Deutschland – Arm gegen Reich – oder zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Das zweite Thema wären Finanzmärkte oder das Phänomen, dass es zu viel Geld gibt. Das dritte Thema wäre die ökologische Krise. Auf keine dieser drei Fragen antwortet die Volkswirtschaftslehre.

Wo müsste man ansetzen, um dieses Wirtschaftssystem, das gleichzeitig ein Gesellschaftssystem ist, umzustrukturieren?

Das Problem ist, dass der Kapitalismus ein totales System ist, das nicht nur materiellen Reichtum erzeugt, sondern alles verändert hat. Was man hier neu gestalten muss, kann man an der Person Winfried Kretschmann sehen. Der hat vor 40 Jahren die Grünen gegründet, weil man schon damals wusste, dass Umwelt das wichtigste Thema ist. Heute verteidigt er das Dieselauto. Das macht er nicht, weil er korrupt ist oder an der Macht bleiben will. Das macht er, weil es keine Alternative zum Dieselauto gibt, im Sinne von >wir brauchen diese Arbeitsplätze, damit die Menschen, die diese Arbeitsplätze haben, ihre Perspektive nicht verlieren«.

Was bedeutet das konkret?

Das heißt, wenn man aussteigen will – und wir müssen aussteigen, denn so wie jetzt geht's nicht weiter – dann müsste

man modellieren. Was macht man mit den Menschen in der Automobilindustrie? Wo sollen sie ihr Einkommen herbekommen? Das wäre die Aufgabe für die Makroökonom innen.

Woran hakt es bei den Makroökonom_ innen? An Anreizen, an Motivation?

Das ist eine Mischung aus verschiedenen Dingen. Die Neoklassiker_innen – 85 Prozent aller Ökonom innen weltweit – besetzen alle wichtigen Lehrstühle. Jeder von ihnen hat 30 Jahre seines Lebens in die falsche Theorie investiert und ein Umdenken würde ihr eigenes Leben entwerten. Und das nächste ist, dass es sich im materiellen Sinne lohnt, Neoklassiker in zu sein. Es ist eine Theorie, die sagt, dass jeder verdient, was er verdient. Da ist Ungleichheit kein politisches Problem, denn Ungleichheit ist naturgesetzlich gewollt vom Kapitalismus. Die Reichen sind zu Recht reich. Das ist eine unglaublich schöne Theorie für die Privilegierten.

Aber was ist die Alternative?

Die Leute fragen mich immer, ob ich eine Lösung hätte. Nein, habe ich nicht, denn ich bin nur Journalistin. Wichtig wäre die richtige Frage. Ich kann nicht erkennen, dass die richtige Frage gestellt wird. Deswegen habe ich nur eine Dystopie zu bieten. Deutschland verbraucht allein drei Planeten. Das geht noch gut, so leidlich. Aber es ist erstens ungerecht und zweitens wird es sich ändern. Wenn es so weitergeht, wird der Kapitalismus zusammenbrechen.

Sie sagen häufig, dass der Kapitalismus nicht am Individuum selbst hängt.

Es ist nicht die Gier des Einzelnen. Zu denken, die Konsument_innen seien schuld, ist völliger Quatsch. Wir konsumieren nicht, um unsere Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Arbeitsplätze zu erhalten. Das ist die perverse Situation, in der wir alle leben.

Welchen Beitrag können Einzelne, die Teilnehmer_innen dieser Sommeruniversität, leisten, um die Wirtschaft und damit die Gesellschaft umzustrukturieren?

Meine Botschaft ist, nichts zu glauben, das im Lehrbuch steht. Diese Neoklassik mit ihrer falschen Theorie indoktriniert Millionen von Student_innen und keiner wehrt sich. Wenn da Widerstand käme, wäre das ein Riesenbeitrag



Im O-Ton

Olaf Scholz

»Eine moderne Sozialdemokratie kann gute Antworten auf die Probleme der Bürger_innen in einer grundlegend veränderten Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts bieten.« »Unglaublich wichtig ist, stolz auf das zu sein, was man tut. Dafür ist aber auch ein gerechter Lohn notwendig, der nicht nur gesellschaftliche Teilhabe, sondern auch im Alter ein gesichertes Leben ermöglicht. Dazu gehört auch ein ausreichend hoher Mindestlohn, der so in etwa bei zwölf Euro pro Stunde liegen dürfte.«



Olaf Scholz ist seit März 2018 Bundesminister der Finanzen und Vizekanzler. Seit 2009 ist Scholz einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD. Von 2011 bis 2018 war er Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Seit 1975 ist der Jurist Mitglied der SPD.



Inken Wiese ist Islamwissenschaftlerin und war unter anderem für den SPD-Parteivorstand, den Deutschen Bundestag und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) tätig. Neben ihrem Promotionsstudium an der Universität Konstanz arbeitet sie derzeit als Gutachterin für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) tätig.

Inken Wiese

»In der deutschen Außenpolitik unterscheiden sich Schwarz und Rot nicht so sehr. Viele Ansätze in der heutigen Außen- und Sicherheitspolitik gehen auf die Sozialdemokratie zurück und werden heute als so selbstverständlich wahrgenommen, dass man den Eindruck hat, sie sind gar nicht mehr links.«

Im O-Ton



Lars Klingbeil ist seit 2017 Generalsekretär der SPD. Seit 2009 ist er Mitglied des Deutschen Bundestags. Er war bis 2017 digitalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und ist Gründungsmitglied von D64 - Zentrum für digitalen Fortschritt.

Lars Klingbeil

»Der Bedarf an Diskussionen in der SPD ist gerade riesig. Die Chance, dass Themen wie die Erneuerung des Sozialstaats diskutiert werden, war noch nie so groß, aber das hängt auch von euch ab. Bringt euer Potenzial ein.«

Elisa Gutsche

»Die linke Antwort auf Antifeminismus muss Vernetzung sein. In der Linken gibt es das Problem, dass wir gerne streiten und uns zerlegen. Dabei vergessen wir, wer der richtige Gegner oder die richtige Gegnerin ist. Es muss darum gehen, geschlossen gegen rechtspopulistische Strömungen vorzugehen.«



Elisa Gutsche ist Referentin im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung. Davor hat sie mehrere Jahre die SPD-Bundestagsfraktion in den Themen Geschlechtergerechtigkeit, Einwanderung und Integration beraten.

»Wir dürfen uns nicht irre machen lassen«

Kurt Beck, der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, nahm sich während der Sommeruniversität Zeit für ein ausführliches Interview und sprach über die Herausforderungen im Kampf gegen Rechtsextremismus.



Nach mehr als fünf Jahren sind kürzlich die Urteile im NSU-Prozess verkündet worden. Sind Sie zufrieden damit?

Beck: Ja, ich glaube das Urteil spiegelt das Verbrechen wieder, das hinter dieser Anklage steht. Aber ich hätte mir gewünscht, dass das Umfeld stärker beleuchtet worden wäre. Es gab Unterstützer innen, es gab Förderer_innen. Einige sind verurteilt worden, aber ich glaube, da ist nicht tief genug gebohrt worden. Es gab Untersuchungsausschüsse – ich glaube 13 insgesamt, zwei auf Bundesebene, die anderen auf Länderebene. Da ist mehr rausgekommen als durch die strafrechtliche Aufarbeitung, was das Umfeld angeht. Jetzt geht es in die Revision und dann hoffe ich, dass es bald eine Entscheidung gibt, denn für die Hinterbliebenen ist das kaum

noch zu ertragen, was da an Zirkus abgeliefert worden ist. Ich habe mich für einen Teil der deutschen Presse geschämt. Denn über die Bluse und über das Outfit von Frau Zschäpe sich auszulassen, statt immer deutlich zu machen, um welche Verbrechen es geht, hat mich beschämt.

Was kann die Gesellschaft tun, um zu verhindern, dass so etwas wie die NSU-Mordserie wieder passiert?

Wir sind aufgerufen, den Blick auf rechte Gewalttaten und rechten Terror nicht zu verlieren. Im Zusammenhang mit der Mordserie des NSU ist von Verbrechen im eigenen Umfeld, von der Familie und solchen Geschichten schwadroniert worden. Man hat nicht mehr die Fähigkeit gehabt, sich so was vorzustellen. Deshalb glaube ich, es braucht eine politische und gesell-

Interview

schaftspolitische Diskussion. Daran können wir alle teilnehmen, das immer wieder auf die Tagesordnung bringen und deutlich machen, welche Abgründe sich da aufgetan haben.

Welchen Beitrag leistet die Friedrich-Ebert-Stiftung im Kampf gegen Rechts?

Wir haben in den letzten Jahren hunderte von Veranstaltungen gemacht, und zwar sowohl, was das Hinterfragen der Ursachen für Rechtsextremismus angeht, wie es sein kann, dass wir in einem Land wie Deutschland, wo so furchtbare Verbrechen in der Hitlerzeit vorgekommen sind, die Gefahr von Rechts ausblenden und nicht ernst genug nehmen. Aber es geht auch darum, zu unterstützen, dass es Nichtregierungsorganisationen gibt, dass es ein Bündnis der fortschrittlichen linken Kräfte, der Gewerkschaften gibt, um vorzubeugen, wo man es nur kann. Ich glaube, wir sind da sehr intensiv dran in allen Büros in Deutschland und international, mit einem deutlichen Schwerpunkt im Osten Deutschlands. Ich glaube nicht, dass die Menschen im Osten Deutschlands per se anfälliger sind, aber dort haben wir funktionierende sozialdemokratische Strukturen nur sehr rudimentär. Wir haben starke Gewerkschaften, nur deutlich unterentwickelt gegenüber dem Westen. Auch was die Nichtregierungsorganisationen und gesellschaftlichen Initiativen gegen Rechts angeht, ist das im Osten ein ganzes Stück schwerer.

Nach der Mitte-Studie der FES stimmten 2016 34,8 Prozent der Deutschen dem Satz: »Durch die vielen Muslim_innen hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land« zu. 28 Prozent der Menschen in Ostdeutschland sind der Studie nach fremdenfeindlich einzustufen. Machen Ihnen diese Zahlen Angst?

Das ist eine Herausforderung. Ich war immer dagegen, zu sagen, man hat vor allem Angst, aber das ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Ich fürchte, dass zwischenzeitlich die Zahlen in ganz Deutschland nicht besser sind, sondern eher schlechter geworden sind

aufgrund der großen Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerber innen. Natürlich machen solche schrecklichen Verbrechen wie in meinem Nachbarort in Kandel und in Wiesbaden den Menschen Angst. Da kann man ihnen nicht sagen: Hab doch keine Angst. Diese Dinge werden zusätzlich von politischen Kräften überhöht, um den Menschen gezielt Angst zu machen und daraus politisches Kapital zu schlagen. Deshalb brauchen wir eine Politik, die offen und menschlich bleibt. Wir brauchen aber auch eine klare Aussage gegenüber all dem, was nicht tolerierbar und nicht akzeptierbar ist. Gewalt gegen Frauen ist nicht tolerierbar und akzeptierbar in unserer Gesellschaft. Das muss auch klar werden. Das, was gerade Seehofer und Söder vor dem bayrischen Landtagswahlkampf betreiben, ist das Gegenteil von Aufklärung. Das schürt Ängste und Ressentiments.

Bislang galt in der Bundesrepublik die Devise, politische Stiftungen zu stärken, weil sie bildungspolitisch einen wertvollen Beitrag leisten, auch in der Aufklärungsarbeit gegen Rechts. Jetzt gibt es einen neuen Konkurrenten mit der AfD-nahen Stiftung. Wie sollte man mit dieser Stiftung künftig umgehen?

Wir dürfen uns nicht irre machen lassen. Wir werden in weiten Teilen der Welt darum beneidet, dass wir unabhängige politische Stiftungen haben, die die Vielfalt einer demokratischen Gesellschaft abbilden. Stiftungen, die sich unterscheiden, aber doch verbunden sind durch das, was unsere Verfassung ausmacht: Demokratie, Freiheitlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Verantwortung, die eben mit wirtschaftlicher Macht verbunden sein muss. Wir dürfen uns nicht irre machen lassen. was unsere Aufgabe angeht. Die neue, AfD-nahe Stiftung muss man an ihren Aussagen und Taten messen und klar Position beziehen, wenn es um eine tolerante und offene Gesellschaft geht und darf ihnen nicht durchgehen lassen, wenn sie versuchen Rechtsaußen-Politik salonfähig zu machen. Das wird eine schwere Herausforderung, aber wir müssen sie inhaltlich bestehen, davon bin ich überzeugt.

Politische Ideen

Schmöckwitzer Impulse



Die Teilnehmenden der 18. Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin-Schmöckwitz haben ein Impulspapier verfasst. Es beinhaltet Ideen für ein besseres Morgen. Kein Programm, sondern eine Sammlung von Denkanstößen, die von rund 100 jungen Menschen diskutiert wurden. Im Bewusstsein einer Vielzahl von Herausforderungen haben sie sich auf sechs Bereiche konzentriert. Zu folgenden Themengebieten haben sie Visionen, Ziele und Maßnahmen entwickelt: Arbeit und Soziales, Bildung, Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, soziale Ungleichheit und Strukturelle Ungleichheit sowie gesellschaftliche Teilhabe.

Arbeit und Soziales

»Wir wollen einen starken und zukunftsfähigen Sozialstaat, der ein menschenwürdiges Leben für alle sichert. Wir wollen eine Arbeitswelt, die faire Arbeit fair entlohnt.«

Ziele

Wir wollen eine Digitalisierung, von der auch die Arbeitnehmer_innen profitieren.

Wir wollen den Arbeitsmarkt humaner gestalten.

Wir wollen einen Sozialstaat, der das menschenwürdige Leben sichert.

Maßnahmen

Recht auf lebenslange Weiterbildung

Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere der sachgrundlosen Befristung

Harmonisierung von Mindeststandards auf europäischer Ebene

Einführung eines Chancenkontos für alle Bürger_ innen, um lebenslanges Lernen und Weiterbildung zu ermöglichen

Einführung einer Bürger_innenversicherung

Abschaffung von Hartz IV und Erarbeitung einer Folgeregelung bis zum Jahr 2025

Einsatz für das sozialversicherungspflichtige Beamt_innentum

Deckelung bei der Beitragsbemessungsgrenze erhöhen

Bildung für eine starke und gerechte Gesellschaft

»Bildung ist für uns lebensbegleitend, an bundesweiten Standards orientiert, kostenfrei und staatlich finanziert. Alle sollen ihr Potential entfalten, an Werten orientiert lernen und gleichberechtigt teilhaben.«

Ziele

Niemand soll ohne Abschluss die Schule verlassen. Für jeden braucht es einen Anschluss (bis 2030).

Jedes Kind hat ohne Wartezeit das Recht auf einen ganztägigen und kostenfreien Kita-Platz (bis 2030).

Alle sollen differenziert in eigener Geschwindigkeit und an ihrem individuellen Kompetenzniveau orientiert lernen (bis 2030).

Maßnahmen

Wir wollen eine Schule für alle, die Kindern in ihrer Vielfalt gemeinsames Lernen ermöglicht. Die Gemeinschaftsschule führt zu allen Abschlüssen und fördert Kinder individuell durch innere und äußere (Kernfächer) differenzierte Lerngruppen.

Ein individuelles Bildungskonto für alle. Jedes Kind bekommt ein mindestens fünfstelliges Bildungskonto, das für die eigene Bildung frei genutzt werden kann. Die Höhe orientiert sich an der individuellen Situation. Wer mehr Unterstützung braucht, bekommt sie.

Mehr Geld für Bildung. Deutschland soll jährlich eine Summe in Höhe von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (aktuell wären das circa 163 Milliarden Euro) für Bildung investieren. Für Wissenschaft sollen drei Prozent (aktuell wären das circa 98 Milliarden Euro) investiert werden.

Faire Bezahlung im Bildungsbereich. Erzieher_innen und Lehrkräfte sollen gleich gut bezahlt werden.

Wir wollen, dass Kinder länger gemeinsam lernen. Dafür verlängern wir die Grundschule auf sechs Jahre. An allen Schulen soll es zudem ein offenes Ganztagesangebot geben.

Lernen nach Kompetenzniveaus und nicht Altersstufen. Kinder entwickeln sich unterschiedlich schnell. Um allen möglichst gerecht zu werden, sollen die Kernfächer anhand des Kompetenzniveaus und losgelöst vom Alter unterrichtet werden.

Politische Ideen

Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt

»Wir wollen, dass alle hier lebenden Menschen sich als aktiver Teil einer vielfältigen und solidarischen Gesellschaft verstehen können und wollen. Es soll Möglichkeiten und Instrumente geben, sich in einer lebendigen und offenen Demokratie einzubringen.«

Ziele

Möglichkeiten der Mitbestimmung erweitern und zum Mitmachen befähigen

Demokratische Nachbar_innenkultur entwickeln und fördern

Gegenseitiges Vertrauen zwischen Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft auf allen Ebenen stärken

Maßnahmen

Ausgeloste Bürger_innenräte institutionalisieren Erweiterung des Wahlrechts auf alle hier lebenden Menschen und Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahren

Verwaltung und Politik vor Ort ansprechbar machen durch Ortsteilbüros

Kommunalpolitik handlungsfähig machen: Steuerein nahmen sowie Kompetenzen an die Kommune geben und Bürger_innenhaushalte schaffen

Einfache Sprache in der politischen und wissenschaftlichen Kommunikation

Förderung der politischen Bildung für alle Altersgruppen mit z.B. Kinderunis und demokratischer (Um-)Gestaltung von (Hoch-)Schulen

Förderung und Finanzierung von unabhängiger Wissenschaft

Bildung von demokratischen Bündnissen mit Parteien und der Zivilgesellschaft

Stärkung von glaubwürdigen Politiker_innen

Erweiterung direktdemokratischer Beteiligungsformen

Nachhaltigkeit

»Wir wollen ein gutes Leben für künftige Generationen. Dazu müssen wir sozial und ökologisch wirtschaften, damit wir die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen umsetzen.«

Ziele

Abmilderung von und Anpassung an den Klimawandel

Erreichen einer Kreislaufwirtschaft

Größt- und baldmöglichste Umstellung auf ökologische Landwirtschaft

Maßnahmen

Ausweitung des Handels mit Umweltzertifikaten auf alle Wirtschaftssektoren und Festsetzung eines

Mindestpreises von 30 Euro pro Tonne CO² Gesetz: Konzerne müssen für ökologische und soziale Vergehen, die im Ausland begangen wurden, in Deutschland haften

Verbot von Massentierhaltung

Reduzierte Mehrwertsteuer auf Bio-produkte

Klimacheck von Gesetzesentwürfen/Projekten mit Veto-Funktion

chrittweise Finschränkung de

Schrittweise Einschränkung des Flugverkehrs und Ausbau von öffentlichem Personenverkehr in Deutschland (Bahn)

Politische Ideen

Soziale Ungleichheit

»Alle Menschen sollten die gleichen Chancen und Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit besitzen. Hierfür müssen sowohl die materiellen und individuellen Voraussetzungen geschaffen als auch diskriminierende Barrieren überwunden werden.«

Ziele:

Wir wollen die Vermögensungleichheit in Deutschland und darüber hinaus abbauen.

Wir wollen Bedingungen schaffen, die den Aufbau von Vermögen für alle Teile der Gesellschaft ermöglichen.

Wir sehen eine gestärkte ökonomische Widerstandsfähigkeit als Grundvoraussetzung, um sich vor Unsicherheiten im Leben zu schützen.

Wir wollen relative Armut in Deutschland abschaffen.

Wir wollen eine »Grundsicherung ++« für alle Menschen gewährleisten.

Wir wünschen uns eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an globalen Entscheidungsprozessen.

Maßnahmen:

Die Freibeträge von Geldvermögen bei Sozialhilfeempfänger_innen werden höher angesetzt.

Wohneigentum, das selbst genutzt wird, darf nicht angetastet werden.

Die Erbschafts- und Schenkungs-steuer wird erhöht.

Die daraus resultierenden Einnahmen werden in eine Form der Sozialerbschaft an alle Menschen im Alter von 18 Jahren ausgezahlt, um einen Kapitalstock zum Start des Erwachsenenlebens für alle zu bieten.

Im Hinblick auf die Einkommensteuer wird der Spitzensteuersatz erhöht, greift jedoch erst ab einer höheren Einkommensgrenze als bisher, da schon jetzt mittlere Einkommen mit dem Spitzensteuersatz besteuert werden.

Der Steuersatz für untere Einkommen wird gesenkt. Nichtbesteuerte Niedrigeinkommen werden aus steuerlichen Mitteln durch eine Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch den Staat entlastet.

Die verschiedenen Regelungen zur Einkommensteuer sollen in ihrer Gesamtsumme aufkommensneutral sein. Zusätzliche Einnahmen sollen eher aus der Erbschafts- und Ver-mögensbesteuerung, der Finanztransaktionssteuer und weiteren generiert werden.

Der Mindestlohn wird auf 14 Euro pro Stunde erhöht.

Die Tarifbindung und die Gewerkschaften werden gestärkt.

Eine Finanztransaktionssteuer wird auf europäischer Ebene eingeführt.

Ein relatives Maximaleinkommen begrenzt Einkommensdiskrepanzen innerhalb von Unternehmen.

Kapital- und Arbeitseinkommen werden gleich besteuert. Ausnahmen gelten für den Vermögensaufbau von Geringverdienenden.

Die unterschiedliche Bezahlung von gleicher Arbeit, insbesondere von Mann und Frau, wird verboten und ein Verstoß sanktioniert. Darüber hinaus soll Parität in Führungspositionen hergestellt werden.

Agrarsubventionen der EU sollten nur auf ökologische Landwirtschaft zielen.

Die benachteiligende Zollpolitik der Europäischen Union wird überwunden, um Länder des globalen Südens (sogenannte Entwicklungsländer) neue Möglichkeiten für den Absatz ihrer Güter zu bieten und damit auch die globale soziale Ungleichheit zu verringern.

Steuerhinterziehung wird durch eine deutliche Verstärkung und Verzahnung der Institutionen in Deutschland und der internationalen Zusammenarbeit konsequent bekämpft.

Strukturelle Ungleichheit und gesellschaftliche Teilhabe

»Eine freie und gerechte Gesellschaft ist für uns eine Gesellschaft ohne Hierarchien und Machtstrukturen, eine Gesellschaft, in der Menschen nicht mehr aufgrund ihrer sozialen Klasse, Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung oder ihres Geschlechts ausgegrenzt werden. «

Ziele

Gleichen und gerechten Zugang zum Arbeitsmarkt sowie Bezahlung von Hausarbeit

Abschaffung von strukturellem Rassismus und Sexismus Einhaltung, Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte zum aktiven Schutz aller Individuen

Maßnahmen

Einführung eines zweiwöchentlichen, bezahlten Care-Tags für Berufstätige, der für die Pflege von Angehörigen, Kinderbetreuung, soziales Engagement, etc. genutzt werden kann

Ausweitung und rechtliche Stärkung der bestehenden Antidiskriminierungsgesetze sowie konsequente Sanktionierung bei Nicht-Einhaltung Inklusiver und diskriminierungsfreier Sprachgebrauch in öffentlichen Institutionen sowie in Gesetzestexten (gendergerecht sowie Repräsentation von Minderheiten)

Anonymisierte Bewerbungen und Formulare, d.h. keine Angabe von Geschlecht, Name und Nationalität Politische Bildung mit einem Schwerpunkt auf Menschenrechten in Schulen und öffentlichen Einrichtungen

Verankerung von Erkenntnissen der Gender- und Antirassismusforschung in der Ausbildung von Lehrkräften

Kontinuierliche Sensibilisierung der Polizei, Behörden, Schulen und anderen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen für die strukturellen Ungleichheiten aufgrund von sozialem und biologischem Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Herkunft und körperlicher Beeinträchti-gung













Statements der Teilnehmenden







Sultan Nassar (25)Arbeitet als Verkäufer in Berlin



Suse Nicolai (24) Studiert Psychologie in Heidelberg

»Ich bin oft resigniert über die Teilnahme am politischen Leben, aber ich nehme mit, dass man sich doch auf ieden Fall weiter engagieren muss, soll und auch kann. Außerdem unterschätze ich oft das Thema Gleichberechtigung. Ich habe in Gesprächen mit Teilnehmer innen gelernt, dass es auch in Deutschland etwas ist, für das man sich unbedingt einsetzen muss.«

»Ich bin auf viele Sachen aufmerksam gemacht worden und meine Perspektive hat sich dadurch schon geändert. Ich habe viele Leute kennengelernt, die in dieser Gesellschaft sehr engagiert sind. Ich werde mich mit ihnen weiter austauschen und einsetzen. besonders im Bereich Frauen und Gleichberechtigung. Ich habe hier Kontakte und Freundschaften geschlossen, die mir in Zukunft sehr wertvoll sein werden.«

»Ich habe am meisten von den anderen Teilnehmer innen mitgenommen: neue Ideen zum Zusammenarbeiten und für ganz neue Projekte. Inhaltlich gab es nicht die eine Takehome-Message, die ausschlaggebend war, sondern es ist die Gesamtheit, die besprochen wurde: in den Workshops, auf den Podien und auch in den Pausen.«

Statements der Teilnehmenden



Tarek Saad (24)Studiert Elektroinformationstechnik
in Kiel



Shenja Kerepesi (32)Studiert Erziehungswissenschaften in Frankfurt am Main



Pascal Mounchid (19)Macht ein FSJ im Bereich politische
Bildung in Lingen

»Für mich ist es wichtig, zu sehen, wie politische Arbeit in Deutschland funktioniert und diese Diskussionskultur hier zu erleben. Die Themen, über die wir gesprochen haben, prägen unser zukünftiges Denken und helfen, das Gelernte auch vor Ort umzusetzen. Ich finde auch die neuen internationalen Kontakte sehr wichtig.«

»Der Kontakt mit engagierten Menschen gibt mir positiven Rückenwind und neue Perspektiven für mein **Engagement. Ich habe** einiges über die SPD und die Sozialdemokratie gelernt, weniger zum Thema: Was ist links? In unserem Papier steht nichts dazu, dass Menschen an unseren Grenzen sterben. Aber ich muss respektieren, dass in einem demokratischen Prozess für mich wichtige Themen rausfallen können. Ich würde mir wünschen, dass erfahrenere Leute der SPD das Potential junger Leute mehr und auf Augenhöhe wahrnehmen.«

»Ich nehme total viele Eindrücke mit. Es war so viel auf einmal, dass ich das zu Hause erst einmal sortieren muss. Wir haben viel Großes diskutiert, aber es sind auch die kleinen Dinge, die man ändern kann.«

